

Beschlussempfehlung

Hannover, den 13.02.2025

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Europa in Niedersachsen sichtbar machen: Die Vielfalt der Regionen sozial und ökologisch entwickeln.

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/5325

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung empfiehlt dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/5325 in folgender Fassung anzunehmen:

Entschließung

Europa in Niedersachsen sichtbar machen: Die Vielfalt der Regionen sozial und ökologisch entwickeln.

Von den Bergen bis zu den Inseln ist Niedersachsen geprägt durch eine hohe Vielfalt an Sozial- und Wirtschaftsräumen. Diese unterscheiden sich nicht nur landschaftlich, sondern sind auch sehr unterschiedlich gewachsen. Die Städte und Gemeinden, Unternehmen und weiteren Akteure dieser vielfältigen Lebensräume eint die Herausforderung eines fairen sozial-ökologischen Wandels, zu verstehen als eine demokratisch, sozial-nachhaltig ausgestaltete Transformation ökonomischer, ökologischer sowie gesellschaftlicher Verhältnisse auch unter Berücksichtigung durch die Digitalisierung angestoßener Transformationsprozesse, in der niemand zurückgelassen wird. In der Ausgestaltung müssen sie jedoch sehr unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden.

Neben dem demografischen Wandel und den Transformationsnotwendigkeiten in der Landwirtschaft stehen ländliche Räume vor der Herausforderung, eine bedarfsgerechte und tragfähige Infrastruktur und Daseinsvorsorge einschließlich der medizinischen Versorgung zu gewährleisten. Städtische Zentren und Ballungsräume haben wiederum andere Herausforderungen, z. B. bei der Klimafolgenanpassung sowie der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum.

Gleichwohl betrifft der Strukturwandel durch Klimawandel, Überalterung, Fach- und Arbeitskräftemangel und Migration ländliche und städtische Räume gleichermaßen. Dennoch wird es keinen einheitlichen Transformationspfad geben können, da die Startvoraussetzungen unterschiedlich sind. Es bedarf daher mehr Spielraums, um auf die Bedarfe in den Regionen und Kommunen eingehen zu können.

Die jüngste Vergangenheit zeigt, dass der Zusammenhalt Europas nicht in Stein gemeißelt ist. Wir stehen zu den Errungenschaften der Europäischen Union und leisten unseren Beitrag, sie zum Nutzen aller weiterzuentwickeln. Eine gute Zukunft ohne Europäische Union ist für uns undenkbar.

Wirksame Kohäsion gelingt nur durch die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts aller europäischen Regionen. Die EU-Kohäsionspolitik verringert die regionalen Unterschiede innerhalb der Europäischen Union durch die Förderung gemeinsamer europäischer Ziele wie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Das gilt für wirtschaftlich schwache Regionen genauso wie für wirtschaftlich starke Regionen. Sie müssen sich alle an die spezifischen Herausforderungen des Klimawandels anpassen und dabei ihre Entwicklungsziele im Blick behalten.

Zielgerichtete Förderung bringt nicht nur die vielfältigen Regionen voran, sondern macht auch die Vorteile der europäischen Integration für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar. Daher ist weiterhin

eine starke Kohäsionspolitik auf europäischer Ebene erforderlich. Auf Landesebene wird dafür eine auf strategische Ziele ausgerichtete Regionalentwicklung mit effizienten Strukturen benötigt.

Für die Entwicklung Niedersachsens bedarf es zielgerichteter gebietsbezogener Ansätze, die die Herausforderungen vor Ort adäquat adressieren. Förderprogramme müssen schneller verfügbar und die Umsetzung von Projekten muss einfacher und weiter beschleunigt werden. Kommunen und weitere regionale Akteure wie Landwirtschaft, Unternehmen oder Institutionen der Daseinsvorsorge benötigen aktive Unterstützung bei der Bewältigung der Transformationsprozesse. Eine gut abgestimmte Regionalentwicklung greift als Querschnittsaufgabe ressortübergreifend ineinander, ohne die Richtlinienzuständigkeit der jeweiligen Ressorts zu berühren, und trägt zu einer schnelleren Umsetzung der Förderprogramme bei.

Auch die kommende niedersächsische EU-Förderstrategie muss dies berücksichtigen und für die Förderperiode 2028 bis 2034 den entsprechenden Rahmen setzen. Um Antworten auf die Herausforderungen, die sich durch die globalen Veränderungen ergeben, liefern zu können, müssen die EU-Fördermittel auf Landesebene anhand übergeordneter Ziele ausgerichtet und eingesetzt werden. Kern der Strategie müssen bei allen Fördermaßnahmen die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation und die wirtschaftliche Nachhaltigkeit sein.

Für resiliente und zukunftsfähige Regionen braucht es innovative Unternehmen und ein innovationbeförderndes Umfeld. Für die Stärkung der Innovationsfähigkeit des Landes und damit der Wertschöpfung in den Regionen Niedersachsens ist es notwendig, eine Innovationsstrategie gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft, Landwirtschaft und den regionalen Akteuren des Innovationsgeschehens weiterzuentwickeln und den zukünftigen Herausforderungen anzupassen. Ziel muss auch hier eine Innovationspolitik aus einem Guss sein.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, auch mit Blick auf die Programmierung der nächsten EU-Förderperiode,

1. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um einen rechtzeitigen und vollständigen Abruf der für Niedersachsen vorgesehenen EU-Fördermittel für den Zeitraum 2021 bis 2027 sicherzustellen. Dazu zählen regelmäßige Prüfungen zur Identifikation und Beseitigung möglicher Hürden, die entsprechende Anpassung von Förderrichtlinien samt Förderkriterien, eine stärkere Unterstützung bei der Antragstellung, die Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren sowie eine verstärkt dezentrale Bewerbung der jeweiligen Fördermöglichkeiten vor Ort. Dort, wo erforderlich, sollten im direkten Austausch mit der EU-Kommission notwendige Anpassungen im Programm vorgenommen werden, um eine vollständige Mittelverwendung zu gewährleisten und einen Verlust von Fördermitteln zu verhindern.
2. zu prüfen, wie die Bearbeitung der Förderanträge bei der NBank beschleunigt werden kann, und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen,
3. sich weiterhin auf Bundes- und EU-Ebene für eine Fortentwicklung der Kohäsionspolitik einzubringen und eine starke finanzielle Ausstattung für alle Regionen zu fordern,
4. wieder eine fondsübergreifende EU-Förderstrategie aufzustellen, die konkrete Leitplanken für die künftige Ausrichtung der Fördermaßnahmen festlegt und im Kern auf die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation ausgerichtet ist,
5. sicherzustellen, dass die Förderinstrumente der einzelnen EU-Fonds gut aufeinander abgestimmt sind und die heterogenen Herausforderungen auch mittels gebietsbezogener Ansätze in Niedersachsen berücksichtigt werden,
6. bereits in der Strategie die Stärkung der ländlichen Räume gezielt aufzunehmen, um diese in die Lage zu versetzen, die Transformationsherausforderungen zur Verwirklichung der umwelt-, tierwohl- und klimabezogenen Ziele in Entwicklungsperspektiven zu verwandeln; dafür sind sie weiterhin im Förderkanon aller Fonds zu berücksichtigen,
7. in der Strategie sicherzustellen, dass sich die Förderung auf die wesentlichen Herausforderungen fokussiert, die mit dem sozial-ökologischen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft verbunden sind,

8. sicherzustellen, dass die Kohäsionspolitik sichtbarer und verständlicher gestaltet sowie die Komplexität der Strukturförderung reduziert wird und möglichst gut aufeinander abgestimmte Förderrichtlinien aufgestellt werden; dabei muss auch der Fortbestand bisheriger Förderungen aus den EU-Mitteln infrage zu stellen und neue zu entwickeln.
9. die Regelungen und Vereinfachungsmöglichkeiten zwischen allen strukturwirksamen Fonds - besonders dem ELER, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF+) - weiter zu harmonisieren. Dadurch sollen Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen alle Fonds effizient nutzen können und fondsübergreifende Ansätze und Projekte erleichtert werden.
10. am Multifondsgedanken für den EFRE und ESF+ festzuhalten,
11. dem ESF+ und den sozialen Innovationen weiterhin eine hohe Bedeutung beizumessen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und auf Herausforderungen wie Kinderarmut, Gleichstellung, Chancengleichheit, Bildungsbenachteiligung und Migration zu reagieren. Neben bedarfsorientierten Programmen für die Bewältigung sozialer Herausforderungen sollen der Ansatz zur Förderung sozialer Innovation weiterentwickelt und die Unterstützung für soziale Transformationsprozesse ausgebaut werden. Dazu braucht es eine angemessene Mittelausstattung des ESF+.
12. mit den Mitteln aus dem EFRE einen noch stärkeren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zum Europäischen Green Deal zu leisten. Um die gemeinsamen europäischen und nationalen Ziele sowie die Ziele des Niedersächsischen Klimagesetzes zu erreichen, soll der Anteil der Mittel, die in Klima- und Umweltschutz investiert werden, mindestens die Hälfte der zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel betragen. Außerdem sollte eine Quote für die Förderung der Biodiversität stärker berücksichtigt werden. Maßnahmen, die der Umwelt schaden, sollen nicht unterstützt werden.
13. im ELER Förderansätze der integrierten ländlichen Entwicklung und LEADER angemessen zu berücksichtigen und mit den Instrumenten der Strukturfonds gut zu verzahnen. Diese ELER-Maßnahmen spielen eine entscheidende Rolle für die Stärkung der ländlichen Räume als attraktive Wohn- und Arbeitsorte; sie stärken den sozialen Zusammenhalt und Selbstgestaltungspotenziale und sind auch Voraussetzung für eine nachhaltige und in der Gesellschaft verankerte Landwirtschaft.
14. die Schließung regionaler Wertschöpfungsketten in der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen angemessen zu berücksichtigen.
15. Mechanismen zu prüfen, die monetäre Anreize für proaktive Beiträge zur Bewältigung der o. a. Herausforderungen oder zur Stärkung des Zusammenhalts in Niedersachsen durch eine Erhöhung der Anteile an EU-Mitteln oder durch gesonderte Kofinanzierungsmittel des Landes schaffen,
16. die Innovationsökosysteme zu stärken und die Innovationsförderung ressortübergreifend abzustimmen, um damit eine zielgerichtete Förderung entlang der Innovationskette zu ermöglichen; Ziel sollte sein, die Regionen zukunftsfest aufzustellen und den Innovationsstandort Niedersachsen zu stärken; die RIS3 als grundlegende Voraussetzung für den Einsatz der Strukturfonds sollte dabei eine zentrale Rolle spielen.

Anna Bauseneick
Vorsitzende

(Verteilt am 14.02.2025)